

PROTOKOLL
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 06.April 2022

Ort: Videokonferenz
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung, Aktuelles

Herr Heckel begrüßt das Gremium, Herrn Duveneck, Herrn Scharf, Herrn Besch und die bereits anwesenden Referenten aus der Senatsverwaltung.

Als TOP 7 wird der Entwurf zur Stellungnahme zur Rahmengeschäftsordnung behandelt. Verschiedenes dann als TOP 8.

TOP 2:

Aktuelle Informationen aus der SenBJF (Herr Duveneck und Herr Besch, beide SenBJF)

Herr Duveneck informiert über zurückliegende Schreiben. Es ist nur noch eine Testpflicht an Schulen möglich. Diese gilt auch für genesene und geimpfte Personen an Schulen. Die Taktung der Tests liegt derzeit bei dreimal wöchentlich. In der Woche nach den Osterferien wird täglich getestet. Die Schulhygieneverordnung tritt ebenso wie die Musterhygienepläne außer Kraft. Die Teilnahme an Prüfungen darf nicht von einer Testung abhängig gemacht werden. Allerdings wird den Prüflingen dringend empfohlen sich vor den Prüfungen testen zu lassen. Der Schülerausweis gilt außerhalb der Ferienzeit weiterhin als Testnachweis.

Herr Besch berichtet über die derzeitigen Regelungen zur Testpflicht in anderen Bundesländern. Es gibt positive Rückmeldungen zum Wegfall der Maskenpflicht. Diese Rückmeldungen gab es aus individuellen Gesprächen mit einzelnen Schulen, insbesondere Grundschulen. Es wurde keine generelle Umfrage innerhalb der Berliner Schülerschaft durchgeführt.

Weiterhin berichtet Herr Besch zur derzeitigen Situation der Ukraineflüchtigen. Es wurden sehr viele Schülerinnen und Schüler an Berliner Schule aufgenommen. Davon ca. 900 in Regelklassen und ca. 700 in Willkommensklassen.

Aus den einzelnen Bezirken gibt es Rückmeldungen dass derzeit Wartelisten zur Aufnahme geführt werden müssen.

200 Personen haben sich als Lehrkräfte für Willkommensklassen beworben und es wurden bereits auch entsprechende Gespräche geführt und Einstellungen vorgenommen. Darüber hinaus haben sich ca. 300 Lehrkräfte mit und ohne Deutschkenntnisse mit ukrainischer Herkunftssprache gemeldet. Hier werden derzeit mögliche Einstellungsangebote geprüft.

Innerhalb der Senatsverwaltung und der Taskforce wird von einem 3-Phasen-Modell ausgegangen. Phase 1 beinhaltet die Unterbringung von Vorschülerinnen und Vorschüler in Willkommensklassen. Hier werden temporäre Angebote wie "Fit für die Schule" unterbreitet. Dies wird nach den Osterferien starten. Bereits in den Ferien gibt es eine Ferienschule.

Phase 2 beinhaltet dann die Aufnahme der Schulpflichtigen in die Willkommensklassen oder

integrativ in Regelklassen. Hier werden Sprachkenntnisse erworben, aber auch bestimmte fachliche Inhalte gelehrt, um die Verzahnung mit den Regelklassen herzustellen. Die Phase 3 ist die Integration ins Regelschulsystem. Dies wird Berlin vor die größten Herausforderungen stellen. Es müssen hier zusätzliche Schulplätze zur Verfügung gestellt werden. Bezirklich gibt es derzeit unterschiedliche Handhabungen zur Einschulungsuntersuchung.

Beide beantworten Fragen der Mitglieder:

- Es gibt keinen rechtlichen Raum für eine verbindliche Maskenpflicht an Schulen.
- Die einzelnen Gesundheitsämter handhaben die Untersuchungen sehr unterschiedlich. Einige nehmen die Schülerinnen und Schüler schnellstmöglich auf und untersuchen im Nachgang, andere führen keine Beschulung ohne vorherige Untersuchung durch.
- Die Lüftungsregelungen an Schulen gelten weiter.
- Befreiungen von der Schulpflicht bei Risikofamilien die bisher galten, gelten auch weiterhin.
- Test to Stay können von den Gesundheitsämtern der Bezirke weiterhin angewandt werden. Da gibt es keine Änderungen.
- Sollten es für einige geflüchtete Kinder keinen Beschulungswunsch seitens der Eltern oder der begleitenden Personen geben, können Möglichkeiten geprüft werden diesem entgegenzuwirken.
- Lehrkräfte können eine Maskenpflicht in einzelnen Klassen nicht durchsetzen. Sie können dies lediglich als Bitte äußern.
- Es werden differenzierte Kurse zum Spracherwerb für pädagogisches Personal für Geflüchtete angeboten.
- Es liegen keine konkreten Zahlen von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen unter den Geflüchteten vor.
- Infektionszahlen an Schulen werden von der SenBJF nicht veröffentlicht. Es wird lediglich zu den Testungen informiert.

TOP 3:

Anfragen des LSB an die SenBJF gem. Nr. 4 Abs. 4 GO LSB

Die Antworten zu den Anfragen 07-22 und 12-22 und liegen als *Anlage 1* bei.
Es gibt eine Nachfrage zum Thema Schwimmunterricht.

TOP 4:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Vereinzelte Lehrkräfte äußern sich negativ gegenüber Schülerinnen und Schüler wenn diese keine Maske mehr tragen.

Unstimmigkeiten zur Teilnahme an Auslandsfahrten sollten von der Schulleitung direkt mit der regionalen Schulaufsicht geklärt werden.

Es wird aus der gestrigen LSA Sitzung berichtet. Testungen an Schulen sollten nicht zu früh aufgehoben werden.

TOP 5: **Anträge**

Es liegen zwei Anträge von Herrn Glücklich vor. Dieser ist verhindert und Herr Oberbach übernimmt die Vorstellung.

Als erstes wird der Antrag zur Änderung des Schulgesetzes besprochen. Dieser beinhaltet drei Unteranträge. Der erste behandelt die Berichte zur KMK im LSB. Herr Duveneck sichert zu, dass dies wieder regelmäßig aus diesen Treffen berichtet wird (viermal im Jahr).

Der zweite Unterantrag bezieht sich auf die Führung der Protokolle. Dies soll durch die Geschäftsstellen erfolgen. Laut Herrn Scharf ist dies mit der derzeitigen schulgesetzlichen Lage nicht vereinbar.

Der letzte Unterantrag betrifft die Ansetzung von Sitzungsterminen. Aus der Fachsitzung zur Mustergeschäftsordnung ist bekannt, dass es Herrn Glücklich hierbei um das Kollidieren von Sitzungsterminen geht. Es soll geregelt werden, dass dies nicht vorkommt. Auch hier ist die praktische Umsetzung so schwierig, so dass weiterhin nur darum gebeten wird, kollidierende Termine weitgehend zu vermeiden. Dies kann als Anregung aber Teil der Stellungnahme des LSB zur Mustergeschäftsordnung sein.

Der zweite Antrag von Herrn Glücklich betrifft die Änderung der Geschäftsordnung des LSB bzw. der Mustergeschäftsordnung zum Thema Inklusion (u.a. Unterlagen in Blindenschrift, Mailversand). Es folgt eine Diskussion. In der Praxis existiert kein Problem, dass Elternvertreter Unterlagen nicht in Blindenschrift übersetzen lassen können. Hier sollte Herr Glücklich in der kommenden Sitzung persönlich seinen Standpunkt vortragen.

Es wird vorgeschlagen einen allgemeinen Satz zur Bereitstellung von Unterlagen für Menschen mit Handicap in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

Zum elektronischen Versand gab es bereits eine Änderung der Geschäftsordnung. Mitglieder die keinen postalischen Versand der Unterlagen mehr wünschen, melden sich in der Geschäftsstelle. Per Mail erhalten alle Mitglieder und Stellvertretungen die Sitzungsunterlagen.

Regelungen in den Bezirken sollten als Anregung für die Mustergeschäftsordnung mitgegeben werden.

TOP 6:

Vorstellung Zweite Verordnung zur Änderung der Schulstufen-COVID-19-VO 2021/2022 und der Berufliche-Schulen-COVID-19-VO 2021/2022, Frau Dieter, Frau Schultz, Herr Punkenburg, Herr Nix und Herr Scharf (alle SenBJF)

Herr Scharf (Herr Klingbeil ist erkrankt) stellt die Verordnung vor. Im Anschluss erläutert Herr Schäfer den Standpunkt des Beirats Berufliche Schulen (BBS) zu dieser Verordnung. Die Stellungnahme des BBS wird derzeit erarbeitet. Es folgt eine kleine Diskussion in der Standpunkte ausgetauscht werden.

TOP 7:

Entwurf Stellungnahme des LSB zur Rahmen(Muster)geschäftsordnung

Die Senatsverwaltung wurde beauftragt eine Mustergeschäftsordnung zu erlassen. Innerhalb der

breiten Beteiligung gingen bereits viele Stellungnahmen und Anregungen ein. Auch der LSB hat eine solche erarbeitet.

Der Gesetzgeber hat gegenüber der Senatsverwaltung nicht erklärt warum diese Mustergeschäftsordnung erlassen werden soll.

Da bisher seitens der Senatsverwaltung bisher vom Entwurf einer Rahmengeschäftsordnung gesprochen wurde, gab es Irritationen. Rechtlich gibt es keine Unterschiede in den Begrifflichkeiten, so dass die Senatsverwaltung in Zukunft den Begriff Mustergeschäftsordnung verwenden wird.

Jedem Gremium steht frei sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben.

Über den Entwurf der Stellungnahme des LSB wird abgestimmt. Mit 14 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird die Stellungnahme angenommen.

TOP 8:

Verschiedenes

Zum Thema Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals wird eine Facharbeitsgruppe eingerichtet. Diese wird von Herrn Oberbach geleitet. Es wird in den nächsten Tagen dazu eine Einladung geben. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

Herr Seidel regt eine zweijährige Amtszeit des Vorstandes in den Ausschüssen Berufliche Schulen an. Hierzu sollte sich auch der Landesschulbeirat positionieren.

Es wird angeregt die Senatorin und auch die bildungspolitischen Sprecher der Regierungsparteien einzuladen.

Herr Heckel dankt allen und schließt die Sitzung.

Peter Heckel
(Vorsitzender)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)